

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Diepholz

Manfred Albers ☎ Unstrutweg 1 ☎ 49356 Diepholz

Stadt Diepholz
Rathausmarkt 1

49356 Diepholz



Dienstag, den 19.11.2019

Im Namen der SPD-Fraktion beantrage ich die Beratung des folgenden Antrags für die Sitzung des Rates der Stadt Diepholz am 05.12.2019.

Klimanotstand

Antrag:

Der Rat der Stadt Diepholz stellt den Klimanotstand fest und ...

- a) anerkennt, im Rahmen seines Wirkungskreises, die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) berücksichtigt für künftige Entscheidungen die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten. Klimaschutz ist ein aber nicht der einzige Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Hier kommt dem so genannten „Stadtziel“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ eine besondere Bedeutung zu.
- d) fordert den Bürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten. Eine Teilnahme der Stadt am European Energy Award wird angestrebt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Diepholz

- e) fordert auch andere Kommunen auf, dem Diepholzer Vorbild zu folgen und die Ausrichtung an den UN-Nachhaltigkeitszielen umzusetzen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO2-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
- f) fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Stadtrat dazu vor Jahresende Bericht zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

